

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
21. Rat 2004-2009
Sitzungsdatum:
06.02.2007

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 06.02.2007

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg,

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

T a g e s o r d n u n g

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 22.08.06 aus öffentlicher Sitzung
3. Beratung und Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2007
4. Beratung und Erlass der Haushaltssatzung für das Jahr 2007 und Beschluss über das Investitionsprogramm sowie Kenntnisnahme von der Finanzplanung
5. Bebauungsplan Nr. 79 - Bergarbeitersiedlung Palenberg - 5. Änderung hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung
6. 11. Änderungssatzung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
7. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 7.1. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung des Haupt- und Finanzausschusses gem. § 60 Abs. 1 GO NW
hier: Anordnung einer Einwohnerversammlung
Grün- und Parkanlage "Otto-von-Hubach-Straße/Johanniterstraße"
8. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 8.1. Windpark Herzogenrath-Nord
hier: Sachstandsbericht
9. Einwohnerfragestunde

B) Nichtöffentliche Sitzung

- 10.** Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 22.08.06 aus nichtöffentlicher Sitzung
- 11.** Erweiterungen zur Tagesordnung
- 11.1.** Erwerb der Baugrundstücke Flur 17, Nrn. 1650 und 1684, Rathausplatz
- 12.** Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 12.1.** Bebauungsplan Nr. 79 - Bergarbeitersiedlung Palenberg - 5. Änderung hier: Antragsteller im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
- 12.2.** Vorberatung des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2007, hier: Erläuterungen (vertraulich)

ANWESENHEITSLISTE

Stadtverordnete

Frau Bärbel Bartel	SPD
Frau Roswitha Bischhaus-Trotnow	UWG
Herr Bernhard Brade	CDU
Herr Sascha Derichs	SPD
Herr Thomas Dieckmann	UWG
Herr Herbert Fibus	SPD
Herr Joachim Fröhlich	SPD
Herr Fred Fröschen	CDU
Herr Josef Fröschen	CDU
Herr Peter Fröschen	CDU
Frau Karin Fürkötter	SPD
Herr Paul Josef Gerschel	SPD
Frau Silvia Gillen	CDU
Herr Gerhard Gudduschat	CDU
Herr Herbert Konrads	CDU
Herr Hans-Josef Krawanja	SPD
Herr Leo Meertens	UWG
Frau Petra Meyer	UWG
Herr Manfred J. Offermanns	FDP
Herr Hans-Georg Overländer	SPD
Frau Eva Maria Piez	SPD
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen
Frau Vera Sarasa	UWG
Herr Wolfgang Schneider	SPD
Herr Matthias Spätgens	SPD
Herr Gerd Streichert	SPD
Frau Erika Tanzer	SPD
Herr Günter Weinen	CDU
Frau Corinna Weinhold	UWG

Herr Heiner Weißborn
Herr Hubert Wynands

SPD
CDU

Es fehlte der Stadtverordnete

Herr Björn Utecht

B'90/Die Grünen

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Beigeordneter für Planen und Bauen Volker Schlüter
Herr Kämmerer Bernd Schmitz
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Stadtoberverwaltungsrat Hans-Peter Gatzert
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen
Herr Stadtoberamtsrat Ralf Kouchen

(ab TOP 4, 17:10 Uhr)

Schriftführer

Herr Stadtamtman Thomas Schröder

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten sowie den Vertreter der Presse. Er wies darauf hin, dass die Stadtverordneten über die Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung des Haupt- und Finanzausschusses aus seiner letzten Sitzung zur Anordnung einer Einwohnerversammlung beschließen müssten. Weiterhin habe der Haupt- und Finanzausschuss die Beratung und Beschlussfassung der Grundstücksangelegenheit am Rathausplatz auf die heutige Sitzung vertagt.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um folgende Punkte erweitert:

- 7.1 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung des Haupt- und Finanzausschusses gemäß § 60 Abs. 1 GO NW**
hier: Anordnung einer Einwohnerversammlung Grün- und Parkanlage „Otto-von-Hubach-Straße/Johanniterstraße“

- 11. Erwerb der Baugrundstücke Flur 17, Nr. 1650 und 1684, Rathausplatz**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

A) Öffentliche Sitzung

1 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Übach-Palenberg vom 12.12.2006 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 22.08.06 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 22.08.2006 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3 Beratung und Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2007

Beschluss:

Dem Stellenplan der Beamten und tariflich Beschäftigten für das Haushaltsjahr 2007 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

31 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimme

4 Beratung und Erlass der Haushaltssatzung für das Jahr 2007 und Beschluss über das Investitionsprogramm sowie Kenntnisnahme von der Finanzplanung

Bürgermeister Schmitz-Kröll übergab das Wort an die vier Fraktionsvorsitzenden und Herrn Offermanns als Vertreter der FDP im Rat der Stadt Übach-Palenberg.

Stadtverordneter **Weißborn** führte aus:

„Ein Abend, an dem sich alle Anwesenden völlig einig sind, ist ein verlorener Abend.“ Mit dieser Feststellung von Albert Einstein, meine Damen und Herren, möchte ich den Reigen der heutigen Haushaltsreden eröffnen. Im Sinne von Albert Einstein, wage ich aber vorauszusagen, dass dies heute kein verlorener Abend werden wird.

Vielleicht für den Kämmerer, denn mit Ihrem Haushaltsentwurf, sehr geehrter Herr Schmitz, sind wir im Großen und Ganzen einverstanden. Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, der Verwaltung mit Ihnen Herr Bürgermeister Schmitz-Kröll an der Spitze, und allen Mitarbeitern des Hauses für die Arbeit im vergangenen Jahr zu danken.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,
wenn ich mir den Entwurf des Haushaltsplanes 2007 ansehe, dann weiß ich nicht, ob ich lachen oder weinen soll.

Allgemeine Finanzentwicklung

Lachen könnte ich vielleicht wegen der deutlich positiven Veränderung auf der Einnahmenseite. Das, meine Damen und Herren, hat im Wesentlichen mit den verbesserten Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt zu tun. Dadurch kommen die Mehreinnahmen bei der Lohn- und Einkommenssteuer, sowie bei der Gewerbesteuer zu Stande.

Bundesfinanzminister Steinbrück und die Länderfinanzminister strahlen um die Wette und auch bei den Stadtkämmerern kommt zumindest schon mal ein Lächeln auf:

Und das hat seinen Grund: Für das Haushaltsjahr 2007 kündigt sich am kommunalen Horizont eine freundlichere Großwetterlage an, die uns signalisiert, dass wir das Jammertal durchschritten haben, auch wenn die Kommunen bei weitem nicht in dem Maße von Steuermehreinnahmen profitieren wie Bund und Land. Ja, die Erhöhung der Mehrwertsteuer belastet die Kommunen sogar, für Übach-Palenberg bedeutet diese Erhöhung eine Mehrausgabe von rund 250.000,00 € im Jahr. Trotzdem ist positiv fest zu halten, dass wir in diesem Jahr deutlich weniger Schulden machen müssen als in den Jahren zuvor. Ich habe vor drei Jahren einmal gesagt, dass ein auf Kredit gekauftes Schwein ein ganzes Jahr lang grunzt. Nun scheint aus dem großen Schwein ein Ferkel geworden zu sein, und dadurch wird die Zinsbelastung unserer Stadt deutlich reduziert.

Besonders hervorzuheben ist dabei die Tatsache, dass wir die schwierigen Jahre seit 2003 ohne Erhöhung der Hebesätze bei den Gemeindesteuern überstanden haben. Aber das haben wir damals ja schließlich auch versprochen und dementsprechend gehalten.

Bei seiner Haushaltseinbringung hat der Bürgermeister es bereits gesagt: Mit der Höhe der Kreisumlage können wir leben. Wir haben schließlich schon Schlimmeres gesehen.

Fast in Vergessenheit geraten scheint indes die im Jahre 2006 beabsichtigte unmittelbare Beteiligung der Kommunen durch den Kreis Heinsberg an den Kosten der Unterkunft für ALG-2-Bezieher außerhalb der Kreisumlage. Hier sind wir haarscharf an einer Kostenbeteiligung vorbei geschrammt, die uns den letzten kläglichen Rest unserer Rücklage und weit mehr als das gekostet hätte. Mit rund € 500.000,00 jährlich, wären wir dann dabei gewesen, ohne das wir auf der anderen Seite maßgeblichen Einfluss auf die entstehenden Kosten hätten nehmen können. Wie schon bei der seinerzeit erwirkten Härteausgleichsregelung, hat die Verwaltung auch hier mit einer außerordentlich guten Argumentation ganz maßgeblich dazu beigetragen, dass dieser Kelch an uns vorüber gegangen ist. Dafür möchte ich an dieser Stelle der Verwaltung und hier insbesondere dem Ersten Stadtbeigeordneten, Herrn Engelbert Piotrowski ausdrücklich danken.

Bei uns selber gespart

Sie, meine Damen und Herren, erinnern sich alle daran, wie der Rat in den letzten Jahren bei sich selber gespart hat. Der Verzicht auf die Bildungspauschale und die freiwillige Reduzierung der Anzahl der Ratsmitglieder hat dazu geführt, dass die Fraktionen finanziell nahezu handlungsunfähig geworden sind. Auf Anregung des Kollegen Weinen wollen wir gemeinsam an einer Verbesserung der finanziellen Lage der Fraktionen arbeiten. Wir, verehrter Herr Weinen, sollten uns in den nächsten Wochen zusammensetzen, um einen konkreten Antrag an den Rat zu erarbeiten. Da wir noch nicht über die Größenordnung gesprochen haben, macht es auch keinen Sinn an dieser Stelle einen Haushaltsansatz zu verändern. Ich wollte es nur schon mal gesagt haben.

Stellenplan

In der Stellungnahme der IHK Aachen ist es nachzulesen: Die Personalausgaben steigen nur um moderate zwei Prozent an, der Stellenplan weist dabei trotzdem ein Minus von 7,44 Stellen aus und man kann keinesfalls davon reden, dass die Stadtverwaltung Übach-Palenberg zu üppig mit Personal ausgestattet wäre. Ich habe sogar den Eindruck, dass in manchen Ämtern genau das Gegenteil der Fall ist. Im Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt heißt es dazu u.a.: „Unsere Kernverwaltung ist unterdurchschnittlich ausgestattet.“ Ich bin heute schon ganz gespannt auf das Personalentwicklungskonzept, das zurzeit in Arbeit ist. Bei einer Verwaltung mit rd. 170 Mitarbeitern kann es schon hilfreich sein sich eines solchen Steuerungsinstrumentes zu bedienen. Mir und meinen Kolleginnen und Kollegen im Haupt- und Finanzausschuss wird es damit wahrscheinlich leichter fallen, die richtigen Personalentscheidungen zu treffen. Dem Stellenplan stimmen wir heute zu.

Fonds „Deutsche Einheit“ und Zustand von Straßen

Als letzten Punkt aus dem Verwaltungshaushalt möchte ich den Fonds „Deutsche Einheit“ ansprechen. Ich habe diesen Solidarpakt vom Grundsatz her immer für richtig und notwendig gehalten. Mittlerweile zweifle ich jedoch an der richtigen Verteilung. Seit seiner Einführung im Jahr 1991 hat die Stadt Übach-Palenberg rund 14 Millionen € in diesen Fonds eingezahlt. Das ist viel Geld, aber wenn es denn wenigstens gerecht verteilt würde, wäre die Welt ja noch halbwegs in Ordnung. Das Geld fließt aber ausschließlich in östliche Richtung und dient teilweise auch dazu, östliche, kommunale Haushalte zu entschulden.

Auf Grund der wirklich miesen Finanzlage vieler westdeutscher Kommunen, und dem dadurch bedingten schlechten Zustand kommunaler Einrichtungen, müsste das Geld aus diesem Fonds eigentlich in beide Richtungen fließen. Der Zufluss dieser Mittel darf nicht mehr nur geografisch begründet sein, sondern muss ausschließlich durch Bedürftigkeit begründet werden. Eine arme Kommune ist schließlich eine arme Kommune, egal ob in Ost oder West. Im November des letzten Jahres ist meine Auffassung dazu in der Geilenkirchener Zeitung veröffentlicht worden. Nun trug es sich zu, dass zum selben Zeitpunkt der Bürgermeister der Gemeinde Nuthetal in Geilenkirchen verweilte. Herr Bürgermeister Jansen schrieb mich daraufhin an und hat mich eingeladen, einmal nach Brandenburg zu kommen, um diese Frage mit ihm und Ministerpräsident Platzeck zu erörtern. Ich werde dieses Angebot selbstverständlich annehmen und dort dann auch Bilder von einigen unserer Straßen zeigen. Auch in Übach-Palenberg gibt es da nämlich erheblichen Sanierungsbedarf, insbesondere

bei einigen Straßen in Marienberg. Die SPD-Fraktion wünscht sich, dass insbesondere die Selfkantstraße bald erneuert wird. Und da ich mich schon einmal in Marienberg befinde, will ich auch gleich noch den Belag des Fahrradweges in der Schley bemängeln. Böse Zungen behaupten, dass dieser Weg eher einer Cross-Strecke denn einem Fahrradweg gleicht. Auch dieser Zustand sollte bald verbessert werden.

Geringe Investitionen

Ich habe zu Beginn meiner Ausführungen vom Lachen gesprochen, jetzt will ich vom Weinen sprechen. Im Vermögenshaushalt sind Baumaßnahmen von rund 2,8 Millionen € veranschlagt, das ist wenig, meine Damen und Herren. Ja, das ist der niedrigste Wert der letzten 12 Jahre. Selbst die Gemeinde Gangelt investiert mit 4 Millionen € deutlich mehr als Übach-Palenberg. Diese geringen Investitionen sind nicht gut für den Arbeitsmarkt und auf Dauer auch nicht für die Entwicklung unserer Stadt. Sie, meine Damen und Herren, wissen genauso gut wie ich, dass Stillstand gleich Rückschritt ist. Gerade vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und der Tatsache, dass sich die Kommunen bereits im Wettbewerb um Einwohner befinden, tun wir gut daran in die Zukunft zu blicken. Was wir heute versäumen, werden wir kaum je wieder aufholen können.

Demographischer Wandel

Das Thema des demographischen Wandels wird nun schon seit Jahren immer wieder diskutiert, meistens jedoch in wissenschaftlicher Runde oder in irgendwelchen Fachgremien. So richtig angekommen ist dieses Thema bei der Bevölkerung, in der Verwaltung und auch bei so manchen Ratsvertretern noch nicht. Und dabei sind die Entwicklungen alles andere als „weit weg“. Ihre Auswirkungen lassen sich schon jetzt deutlich erkennbar ablesen. Auch hier in Übach-Palenberg. Unsere Gesellschaft wird immer älter. Durch den Bau von Seniorenheimen, oder den in Übach-Palenberg seit vielen Jahren durchgeführten Bordsteinabsenkungen, haben wir dieser Entwicklung bereits Rechnung getragen. In Deutschland werden zu wenige Kinder geboren! Gerade mal 1,38 Kinder pro Frau! In Korrelation mit Sterbefällen besteht in Deutschland und in Übach-Palenberg eine negative Geburtenbilanz. Unsere Stadt, meine Damen und Herren, verliert seit drei Jahren kontinuierlich an Einwohnern und das auch durch Abwanderung! Ich habe gehört, dass wir allein im Januar 2007 40 Einwohner verloren haben. Bis zum Jahre 2003 war die Stadt jede noch so kleine Steigerung der Einwohnerzahlen gleich eine Erfolgsmeldung im Amtsblatt wert. Von der nun umgekehrten Entwicklung hören wir aber so gut wie gar nichts. Damals ging es allerdings auch um den Status der mittleren kreisangehörigen Gemeinde.

Diese negative Entwicklung beunruhigt mich. In unserer Stadt finden wir heute eine gut ausgebaute Infrastruktur vor. Dabei geht es um Schulen und Kindergärten, um Spiel- und Sportplätze aber auch um Kanäle und Straßen. Diese Infrastruktur muss unterhalten und gepflegt werden. Ich glaube, dass es jedem zu vermitteln ist, dass dies bei sinkenden Einwohnerzahlen für den einzelnen dann zwangsläufig teurer werden muss. Zusätzlich bedeuten weniger Einwohner geringere Steuereinnahmen und weniger Zuschüsse für die Stadt.

Daran kann niemand ein ernsthaftes Interesse haben. Also müssen wir uns intensiv um eine Verbesserung bemühen.

Über diese Entwicklung müssen wir sprechen, meine Damen und Herren! Wir müssen darüber nachdenken, wie wir diese Tendenz stoppen können. Es gibt nämlich durchaus auch „Gewinnerregionen“, also Regionen, die auf Grund ihrer attraktiven

Lage und anderen Standortfaktoren weiterhin einen Zuzug junger Menschen und Familien erwarten können. Die Region Aachen ist als eine Zuzugs- und Gewinnerregion in allen Studien zu diesem Thema ausgewiesen. Davon wollen und davon müssen wir profitieren.

Wir wollen keine „Entwicklung der Schrumpfung“. Wir wollen uns im kommunalen Wettbewerb gut positionieren. Es geht um Standortvorteile, um Alleinstellungsmerkmale, um ein auch in Zukunft gut aufgestelltes Übach-Palenberg.

Familienbericht

Wenn wir, meine Damen und Herren, nun wollen, dass sich Familien bei uns wohl fühlen, müssen wir auch genau wissen, womit wir diese Familien an uns binden können und was die Stadt für sie tun kann. Gerade junge Familien bleiben nur dann bei uns, wenn sie sich hier wohl fühlen. Wenn ihre Erwartungen an die Stadt erfüllt werden. Dafür brauchen wir Erkenntnisse, die wir oberflächlich betrachtet bisher vielleicht gar nicht wahrgenommen haben. Die SPD-Fraktion beantragt deshalb, einen kommunalen Familienbericht für Übach-Palenberg erstellen zu lassen. Unter anderen versprechen wir uns von einem solchen Bericht konkrete Handlungsempfehlungen für unsere Stadt. Wir wollen die Familienfreundlichkeit in Übach-Palenberg ganz oben ansiedeln. Die Verwaltung soll beauftragt werden, eine entsprechende Beschlussfassung vorzubereiten. Dabei ist auch zu überprüfen, ob dieser Bericht mit Mitteln des Landes NRW bezuschusst werden kann.

Babybegrüßungspaket

Ein weiterer Baustein im Sinne einer familienfreundlichen Stadt soll das hiermit von uns beantragte Babybegrüßungspaket sein. Jedem Paar, bzw. jeder Mutter, die in Übach-Palenberg leben und Nachwuchs bekommen, soll zukünftig ein Paket überreicht werden, in dem sich wichtige Informationen für Eltern und Kind befinden sollen. Wichtige Ansprechpartner wie Ärzte, Behörden und auch Vereine sollen beschrieben werden. Ein kleines Geschenk, wie z.B. ein Rauchmelder kann deutlich machen, dass es sich nicht um irgendein Werbegeschenk handelt, sondern um einen Willkommensgruß ihrer Heimatstadt. Nach Möglichkeit sollen sich in diesem Paket auch Gutscheine von ortsansässigen Geschäften befinden. Der Bürgermeister wird beauftragt, dann im Namen von Rat und Verwaltung allen neuen Eltern schriftlich zur Geburt zu gratulieren, den Inhalt des Begrüßungspaketes beschreiben und damit gleichzeitig einen Terminvorschlag zur Überreichung dieses Geschenkes durch einen städtischen Mitarbeiter unterbreiten. Wir beantragen, für dieses Baby-Begrüßungspaket eine neue Haushaltsstelle einzurichten und mit € 4.000 auszustatten.

Turnhalle Barbarastraße

Vielleicht findet sich in diesem Begrüßungspaket dann ja auch eine Information der VfR Handballabteilung. Diese Sportfreunde haben nämlich Grund zur Freude. Und das hat nichts mit dem weltmeisterlichen Abschneiden der deutschen Handballnationalmannschaft zu tun. In dem uns vorliegenden Entwurf finden wir nämlich 100.000,00 € für die Modernisierung der Turnhalle an der Barbarastraße. Diese Maßnahme ist längst überfällig und wir freuen uns sehr darüber, dass sie endlich angepackt wird.

Dorfplatz in Siepenbusch

Genauso erfreut sind wir über die Gestaltung des Dorfplatzes in Siepenbusch. Auf Antrag der SPD-Fraktion wurden im letzten Jahr 7.500 € für diese Maßnahme bereitgestellt. Mit Hilfe dieser Mittel und mit einer verlässlich erbrachten Eigenleistung der Mitglieder der Dorfgemeinschaft wurde dieser Platz fertig gestellt. Die Mittel, die in 2007 zur Verfügung gestellt werden sollen, sind erforderlich, um notwendige Anschlussarbeiten wie Strom, Wasser und Abwasser herzustellen. Endlich verfügt die Dorfgemeinschaft nun über einen vernünftigen Platz um ihre Veranstaltungen durchzuführen. Meinen Kollegen Sascha Derichs hat dies besonders gefreut, da auf seine Initiative hin dieser Antrag gestellt wurde.

Schwimmbad und Sauna

Genau ein Jahr hat es gedauert. Die Modernisierung des Schwimmbades. Seit Mai 2006 haben die Menschen in Übach-Palenberg die Möglichkeit ihre Freizeit in einem neuen und tollen Hallenbad zu verbringen. Meine Damen und Herren, es ist nicht unbedingt selbstverständlich, dass ein Projekt mit einem Bauvolumen von rund 4,00 Millionen € so punktgenau, was Kosten und Bauzeit betrifft, hergestellt wird. Auch an dieser Stelle will ich allen Beteiligten herzlich für die geleistete Arbeit danken. Als verantwortlichem Dezernenten für diese umfangreiche Baumaßnahme zeichnete der Beigeordnete für Planen und Bauen Volker Schlüter verantwortlich. Ihnen und Ihrer Mannschaft, Herr Schlüter, gilt mein ausdrücklicher Dank. Das war eine Klasse Leistung. Ebenfalls ohne große Probleme wurden die neuen Gebühren beschlossen und die Verwaltung wurde nach der Wiedereröffnung des Bades beauftragt, nach einem Jahr einen Erfahrungsbericht über die veränderten Öffnungszeiten, über die Besucherzahlen und die Wirtschaftlichkeit des neuen Bades vorzulegen. Ich bin besonders gespannt darauf, wie sich die Wirtschaftlichkeit des Bades entwickelt hat, denn hier sollte es ja deutlich besser werden. Darüber hinaus gehend beantragen wir hiermit, in diesem Bericht Aussagen über die Entwicklung der bisher noch nicht modernisierten Sauna einzuschließen. Besonders vor dem Hintergrund, dass wir mit der Modernisierung des Bades auch für eine Durchlässigkeit zwischen Sauna und Bad gesorgt haben, fällt auf, dass wir neben dem top-modernen Bad über eine Sauna verfügen, die den Charme der frühen siebziger Jahre besitzt. Wir alle wissen, dass gerade im Saunabereich durchaus schwarze Zahlen geschrieben werden können. In unserer Sauna ist das aber anders. Die Besucherzahlen sind stark rückläufig und die Einnahmen hinken dementsprechend hinterher. Wir wollen nun wissen, meine Damen und Herren, ob und wie weit eine Modernisierung der Sauna zu einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit führen kann.

Was nun die Außenfläche des Bades betrifft, so stehen im Haushalt 25.000 € für eine Verbesserung der derzeitigen Situation zur Verfügung. Die kaputten Außenbecken sollen zugeschüttet werden, um sie in Spielfelder für Volleyball, Badminton oder anderes verwandeln zu können. Solche Maßnahmen erhöhen die Attraktivität der Außenfläche und sorgen außerdem dafür, dass die Holzzäune entfernt werden können. Trotzdem, wir kommen nicht darum herum: Was fehlt ist eine Wasserfläche. Nach dem Zusammenbruch des letzten Beckens benötigen wir bald zumindest eine Wasserfläche für kleine Kinder. Wie hat der Bürgermeister es beim Neujahrsempfang doch formuliert? Wir werden demnächst in der Teverener Heide unter Palmen sitzen. Umso wichtiger wird es werden, für Abkühlung zu sorgen.

Ich darf an dieser Stelle daran erinnern, dass wir uns im damaligen Schwimmbad-Arbeitskreis einig darüber waren, für eine Wasserfläche zu sorgen, die so beschaffen

sein soll, dass eine zusätzliche Badeaufsicht nicht erforderlich wird. Unter dieser Maßgabe beantragen wir, die Verwaltung zu beauftragen, Vorschläge zur Schaffung einer solchen Wasserfläche zeitnah zu erarbeiten.

Darüber hinaus sollte nicht vergessen werden, dass wir uns auch die Option auf ein richtiges Freibad in besserer finanzieller Zukunft erhalten möchten. Wer weiß schließlich, was die Zukunft bringt? Aus diesem Grund sollen die Becken auch nur mit Kies und Sand verfüllt werden. Interessant war damals auch der Vorschlag des ehemaligen sachkundigen Bürgers, Willi Kogler, der vorgeschlagen hat, an dieser Stelle ein Naturbad einzurichten.

EuRegionale 2008

Die Ausweisung von HH-Stellen und Verpflichtungsermächtigungen zu einzelnen Projekten der EuRegionale freut uns ganz besonders. Zeigt es doch, dass auch die Verwaltung und der Bürgermeister die Notwendigkeit und den Sinn der Teilnahme an der EuRegionale 2008 erneut unterstrichen haben.

Für die SPD-Fraktion ist das ein klares Zeichen. Wir stehen zur EuRegionalen und den bisher ausgewählten und gelabelten Projekten.

Die EuRegionale wird Impulse für Wirtschaftsförderung, Regionalentwicklung und den Kulturtourismus setzen. Weil schon Verpflichtungsermächtigungen eingesetzt wurden, seien hier maßgeblich die Projekte Grünmetropole (97.000 € (2007) und 141.000 € VE bei 334.000 Gesamtkosten); Brückenschlag (800.000 € VE) und der Wohnmobilstellplatz (24.000 € VE bei 120.000 Gesamtkosten eingeplant) genannt. An der Frage des Standortes für diesen Wohnmobilstellplatz sollte dieses Projekt nicht scheitern. Wir glauben sehr wohl, dass diese Investitionen unserer Stadt gut tun werden. Besonders mit dem geplanten Brückenschlag vom Dohmenpark zum Naherholungsgebiet würde ein Alleinstellungsmerkmal geschaffen, dass es weder in der näheren, noch in der weiteren Umgebung geben wird. Diese Klangbrücke ist eines von zwei herausragenden Projekten der EuRegionalen 2008. Hier geht es auch darum, Chancen im kommunalen Wettbewerb zu nutzen. Wenn nun im Rahmen der EuRegionalen 2008 darüber diskutiert wird, wo die Eröffnungsveranstaltung stattfinden soll, dann drängt sich der Standort der Klangbrücke nahezu auf. Die Burg in Herzogenrath ist zwar schön, war aber bereits bei der Label-Verleihung Mittelpunkt des Geschehens. Eine wie auch immer geartete Eröffnungsveranstaltung sollte an einem herausragenden Projekt der EuRegionalen stattfinden, nämlich an der Brücke. Dass wir für die Illuminierung des Wasserturmes und der Öffnung von Schloss Zweibrüggen nach Abzug der Fördermittel noch rund 19.000 € zahlen sollen ist erträglich. Auch diese beiden Maßnahmen sorgen dafür, dass Übach-Palenberg attraktiver und schöner wird und das Image unserer Stadt deutlich verbessert.

Wer, wie die UWG glaubt, dem Wohle der Stadt zu dienen, indem man daran nicht teilnimmt, hat noch nicht begriffen, welche Ausmaße und Auswirkungen die Beteiligung an diesen Projekten haben wird.

Auf Ihre Äußerung zur EuRegionalen, Herr Weinen, bin ich einfach nur gespannt. Schließlich hat ihr Kollege Gudduschat im Haupt- und Finanzausschuss nicht davon gesprochen, für die EuRegionale keine Mittel bereitstellen zu wollen. Verwundert hat mich das schon, hat die CDU doch erst kürzlich in ihrem Blatt geschrieben, dass die EuRegionale viel zu teuer sei und man sich als CDU ausschließlich auf die Renaturierung der Wurm begrenzen wolle. Nun halten auch wir die Renaturierung der Wurm für ein ganz wichtiges Projekt. Nur wird dieses Projekt keineswegs aus Mittel der EuRegionalen finanziert.

Ich möchte allen Beteiligten in diesem Rat darum bitten, sich ernsthaft mit den Chan-

cen und Risiken dieser Projekte zu befassen. Allein zu sagen: Das ist zu teuer, wäre zu kurz gesprungen. Ich wiederhole mich: Übach-Palenberg muss sich gut aufstellen, damit wir in den nächsten Jahren nicht abgehängt werden.

Feuerwehr

Seit 2005 steht das Feuerwehrgerätehaus Scherpenseel im Investitionsprogramm der Stadt. Das ist noch nicht so lange her. Wenn ich es mit Frelenberg vergleiche, dann ist dieser Eintrag im Investitionsprogramm geradezu jungfräulich. Trotzdem ist anzuerkennen, dass der Zustand in Scherpenseel alles andere als erfreulich zu nennen ist. Da fehlt es einfach an Platz. Im Rahmen einer Besichtigung mit der SPD-Fraktion konnten wir uns davon überzeugen. Es ist ganz außer Frage, dass hier Handlungsbedarf besteht, dem wir uns irgendwann stellen müssen. Ich verweise an dieser Stelle auf den von uns einstimmig am 5.7.2005 verabschiedeten Brandschutzbedarfsplan. Bei der Beurteilung dieser Frage ist aber auch zu berücksichtigen, dass heute der größte Anteil der Einsätze in unserer Nachbarstadt Landgraaf stattfindet. Dass wir in Zukunft eine Erstattung der Kosten für unsere Einsätze von den Holländern bekommen werden, ist nicht mehr als fair. Bei einer Investition für ein neues Gerätehaus muss man aus meiner Sicht auch berücksichtigen, dass die Menschen in Limburg heute mehr vom Einsatz der Löschgruppe profitieren als die in Scherpenseel und man deshalb auch über eine angemessene Beteiligung der Niederländer sprechen muss. Ein gemeinsames Projekt mit den Niederländern ist ja bereits als eine denkbare Option angedacht.

Schon jetzt möchte ich für meine Fraktion klarstellen, dass die im Investitionsprogramm vorgesehenen Mittel für die Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses Boscheln tatsächlich auch in den Haushalt 2008 eingestellt werden, und dass Planungen für die Erweiterung in diesem Jahr ihren Abschluss finden.

Schulen

Als wir, meine Damen und Herren, im Jahr 1998 das Investitionsprogramm für Schulen mit einem Betrag von rund 8 Millionen D-Mark, also 4 Millionen Euro auf den Weg gebracht haben, hat niemand geglaubt, dass diese Summe bei weitem nicht ausreicht. Im Gegenteil, wir waren optimistisch, dass mit Abarbeitung dieses Programmes sich die Schulen wieder in einem guten Zustand befinden. Zusätzliche Anforderung z.B. an den Brandschutz erforderten aber weitere zusätzliche finanzielle Anstrengungen mit denen man 1998 noch nicht rechnen konnte. Allein in 2007 stecken wir wieder rund 1 Millionen Euro in die Schulen und hier speziell in das Schulzentrum, also für Realschule und Gymnasium. Der Bürgermeister hat es bereits gesagt, das reicht bei weitem noch nicht aus und es werden weitere 5 Millionen Euro für Brandschutz und Energieeinsparmaßnahmen wie neue Fenster und eine neue Heizungsanlage benötigt. Bei all diesen finanziellen Anstrengungen sollten wir jedoch nicht vergessen, dass von 1999 bis 2006 immerhin sechs Grundschulen komplett saniert und teilweise erweitert wurden, für die Hauptschule gilt das Gleiche, saniert und erweitert, das Gymnasium mit der Verlagerung der Förderschule wurde ebenfalls erweitert und auch die Comeniusschule ist renoviert und erweitert worden. Die Umbauten zur offenen Ganztagschule in Frelenberg und Palenberg sind dabei noch gar nicht mitgerechnet. Allein auf Grund dieser Fakten kann man mit Fug und Recht behaupten, dass die Schulen in Übach-Palenberg eine ganz hohe Priorität besitzen, wenn nicht gar die höchste. Bildung, meine Damen und Herren, gehört zu den wichtigsten Gütern in unserer Gesellschaft, und Bund, Land und Stadt müssen die Rah-

menbedingungen schaffen, damit Bildung überhaupt erst in ausreichendem Maße stattfinden kann. Im baulichen Bereich haben wir also unsere Hausaufgaben gemacht und werden dies auch fortsetzen. Im Bereich der Lernmittelfreiheit hat der Rat jedoch versagt. Gegen die Stimmen der SPD-Fraktion wurde entschieden, den Eigenanteil für Kinder aus sozial schwachen Familien nicht zu übernehmen. Da reicht es nicht aus, meine Damen und Herren, in Sonntagsreden von der Notwendigkeit von Bildung zu sprechen und vor allem die Benachteiligung von Kindern aus sozial schwächeren Familien zu beklagen, nein, hier war eine konkrete Entscheidung gefragt und das ist voll daneben gegangen. Der Bürgermeister lehnte mit einer Mehrheit von CDU und UWG die Übernahme des Elternanteils für Arbeitslosengeld II-Bezieher ab. Die SPD-Fraktion war nicht der Meinung, sich wie das Land, aus der sozialen Verantwortung zu stehlen, sondern auch für die Kinder von ALG-II-Beziehern den Elternanteil an den Schulbüchern weiterhin zu übernehmen. Wir wollten die Opfer von Arbeitslosigkeit nicht auch noch zu Sündenböcken machen! Besonders schade finde ich, dass sich der SPD-Bürgermeister auf die Seite der Neinsager geschlagen hat.

Kreisverkehr Jülicher Straße und Rampe

Als weitere Maßnahmen im Vermögenshaushalt sind der geplante Kreisverkehr an der Jülicher Straße und die Rampe am Rimburger Acker hervorzuheben. Über beide Baumaßnahmen haben wir bereits mehrfach gesprochen. Beim Kreisverkehr Jülicher Straße geht es vor allen Dingen darum, den unerträglichen Durchgangsverkehr aus dem Baesweilerweg herauszunehmen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass der Verkehr aus Richtung Josef-van-der-Velden-Straße wieder in die Jülicher Straße münden kann. Die Rampe am Rimburger Acker soll dazu führen, dass Fußgänger mit Rollator, Menschen mit Kinderwagen und Rollstuhlfahrer das Zentrum Palenberg auch ohne große Umwege erreichen könne. Mein Kollege Paul Josef Gerschel war in dieser Frage besonders stark engagiert. Ihn hat es deshalb gefreut, dass dieses Projekt nun in greifbare Nähe gerückt ist.

Zukunft

Man sollte eine Haushaltsrede nicht ohne einen Blick in die Zukunft beenden. Ein wünschenswertes Projekt wäre z.B. die Einrichtung des Bürgerbusses. Auf Grund des rudimentären ÖPNV im Kreis Heinsberg und insbesondere in unserem Stadtteil Scherpenseel, wäre eine solche Bürger-Linie mehr als wünschenswert. Allen, die sich bisher beim Bürgerbusverein engagiert haben, möchte ich aufrichtig danken und Ihnen und uns wünschen, dass alle noch bestehenden Probleme beseitigt werden können.

Nicht nur wünschenswert, sondern unerlässlich für den Stadtkern Übach erscheint mir die Umgestaltung des Rathausplatzes. Dieser Platz sollte eine neue Verkehrsführung erhalten, der überdimensionierte Brunnen entfernt und der Platz baulich betrachtet endlich abgerundet werden. Durch eine solche Maßnahme kann das Übacher Zentrum deutlich verbessert werden. Damit das Blech mit den vier Rädern diesen Platz nicht weiter dominiert und verunstaltet, müssen einhergehend mit dieser Maßnahme weitere Parkplätze in Rathausnähe geschaffen werden. Die Verwaltung soll beauftragt werden, in Überlegungen zur Umgestaltung des Rathausplatzes noch in diesem Jahr einzusteigen.

Es gibt Leute in Übach-Palenberg, die sprechen bereits bei dem unbebauten Grundstück am Rathausplatz von einem städtebaulichen Missstand. Dass die derzeitige

Situation wirklich nicht gut ist, ist unbestritten. Städtebauliche Missstände zeigen sich aber an anderen Stellen in mindestens genauso bedeutender Weise, weil hier die Grundstücke von verfallenen Gebäuden noch nicht einmal frei gemacht sind. So ist der Zustand des ehemaligen Hotels Ernst in Palenberg unerträglich. Das Gebäude ist abgängig, verschandelt die Umgebung und bedarf einer baldigen Lösung. Wenn der Eigentümer nicht in der Lage ist dieses Problem selbständig zu lösen, dann muss sich die Stadt auch an dieser Stelle einmischen. Ein weiterer Schandfleck befindet sich an der Daimlerstraße. Da liegt eine ehemalige, heruntergekommene Tankstelle rum, die keine Autos mehr, dafür aber jede Menge Unrat geradezu magisch anzieht und kurz vor dem Verfall steht. An dieser stark frequentierten Straße wirkt dies nicht gerade einladend auf die Besucher unserer Stadt und auch den dort ansässigen Gewerbebetrieben kann dieser Zustand nicht gefallen. Hier gilt das gleiche wie für das Hotel Ernst oder den Rathausplatz. Die Stadt muss sich einmischen!

Schluss

Bevor nun die Frage aufkommt, warum sagt der Weißborn denn nichts zum derzeit spannendsten Thema in unserer Stadt? Ganz einfach: Weil es z.Zt. noch nicht öffentlich ist und uns, den Ratsvertretern, noch nicht genügend Informationen vorliegen. Eines jedoch steht fest:

Bei dieser beabsichtigten Gewerbeansiedlung geht es um Arbeitsplätze und ich glaube wir alle wünschen uns, dass irgendwann auf RTL oder SAT 1 mit Süßem aus Übach-Palenberg geworben wird. Wenn die Bedingungen stimmen, Auflagen erfüllt und dann alle bereit sind mitzutun, dann kann dies vielleicht sogar gelingen.

Lassen Sie mich abschließend mit einem Zitat des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Bill Clinton enden, der mal sagte: „Wir können nicht alles tun, aber wir müssen tun, was wir können.“

In diesem Sinne packen wir's an.

Glück auf!“

Stadtverordneter **Weißborn** gab die einzelnen Beschlussvorschläge zusammengefasst schriftlich zu Protokoll:

1. Die SPD-Fraktion hält es für erforderlich einen kommunalen Familienbericht für Übach-Palenberg erstellen zu lassen. Es ist zu prüfen, ob dieser mit Mitteln des Landes NRW gefördert werden kann. Die Verwaltung wird beauftragt eine entsprechende Vorlage zu erarbeiten und diese dem Rat vorzulegen.
2. Die Verwaltung der Stadt Übach-Palenberg erarbeitet ein Babybegrüßungspaket. Jedem Paar, bzw. jeder Mutter die in Übach-Palenberg leben und Nachwuchs bekommen, soll zukünftig ein Paket überreicht werden, in dem sich wichtige Informationen für Eltern und Kind befinden sollen. Wichtige Ansprechpartner wie Ärzte, Behörden und auch Vereine sollen beschrieben werden. Ein kleines Geschenk, wie z.B. ein Rauchmelder kann deutlich machen, dass es sich nicht um irgendein Werbegeschenk handelt, sondern um einen Willkommensgruß ihrer Heimatstadt. Nach Möglichkeit sollen sich in diesem Paket auch Gutscheine von ortsansässigen Geschäften befinden. Der Bürgermeister wird beauftragt, dann im Namen von Rat und Verwaltung allen neuen Eltern schriftlich zur Geburt zu gratulieren, den Inhalt des Begrüßungspaketes beschreiben und damit gleichzeitig einen Terminvorschlag zur Überreichung dieses Geschenkes durch einen städtischen Mitarbeiter unterbreiten. Wir beantragen, für dieses Baby-

Begrüßungspaket eine Haushaltsstelle einzurichten und mit 4.000 € auszustatten.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, in Überlegungen zur Umgestaltung des Rathausplatzes noch in diesem Jahr einzusteigen. In Anbetracht der derzeitigen Situation lassen sich Immobilien an diesem Platz nur sehr schwer vermarkten. Die Attraktivierung des Ortszentrums Übach wird angestrebt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, sich mit der wirtschaftlichen Situation der Sauna zu befassen. Insbesondere soll untersucht werden, ob durch Modernisierung eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, z.B. durch mehr Besucher, erreicht werden kann.
5. Die SPD-Fraktion beantragt, auf der Freifläche des Ü-Bades eine Wasserfläche zu erstellen, die ohne zusätzliche Badeaufsicht betrieben werden kann. Unter dieser Maßgabe wird die Verwaltung beauftragt, Vorschläge zur Schaffung einer solchen Wasserfläche zeitnah zu erarbeiten und diese den zuständigen Ausschüssen zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

Stadtverordneter **Weinen** führte aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Damen und Herren,

als ich im letzten Jahr meine Haushaltsrede damit begann, dass man zwar durch die neuen Regierungen leicht verbesserte Daten und vorsichtigen Optimismus feststellen könne, wir aber immer noch nicht in Jubelgesänge ausbrechen dürften, konnte ich nicht ahnen, dass es so gut werden würde. Damals hatte ich prognostiziert, dass Fußball-WM und die Weltreiterfestspiele zwar zu milden Aufschwungshoffnungen berechtigen würden - aber die sich darauf stützenden Erwartungen nur von temporärer Bedeutung seien. Hätte ich vor einem Jahr das prophezeit, was wirklich eingetreten ist, wäre ich ausgelacht worden. Das, was man den beiden Koalitionen in Bund und auch im Land von mancher Seite nicht zugetraut hat, ist dennoch eingetreten. Zum Glück hat uns der im Jahre 2006 endlich begonnene Aufschwung die guten Zahlen serviert, die wir jetzt im Haushalt verspüren. Es sind im Vergleich zu den Vorjahren wirklich gute Zahlen sowohl von Bund, Land und Kreis als auch die eigenen aus unserer Stadt. Insofern kann ich die Freude des Bürgermeisters verstehen, wenn endlich nach vielen Jahren der Haushalt einmal ausgeglichen präsentiert werden kann, ohne in die Rücklage greifen zu müssen.

Natürlich ist das erfreulich. Wir freuen uns mit, Herr Bürgermeister. Wer, wie wir alle hier im Saal, angetreten ist, um Verantwortung für die Stadt mit zu übernehmen, muss froh sein, wenn es langsam aufwärts geht und der Silberstreif am Horizont erkennbar ist. Aber wir dürfen nicht übersehen, dass wir noch lange nicht über den Berg sind. Wir müssen immer noch in die Schuldenkiste greifen, um damit unsere investiven Maßnahmen zu finanzieren. Wir sind aber immer noch nicht soweit, dass wir ausschließlich aus eigener Kraft investieren können, von einem Schuldenabbau ganz zu schweigen.

Die Schuldenuhr des Bundes der Steuerzahler tickt auch für uns in Übach-Palenberg noch unaufhörlich. Daher kann ich an dieser Stelle dem Bürgermeister nur dafür danken, dass er beim Neujahrsempfang unserer Stadt deutlich darauf hingewiesen

hat, dass wir im nächsten, spätestens aber im übernächsten Jahr endlich in den Schuldenabbau eintreten sollten. Wenn unsere Kinder und Enkel schon daran mitzahlen müssen, so können wir wenigstens dafür sorgen, dass die damit verbundene Belastung erträglich wird und bleibt. Insofern kann ich dem Kollegen Weißborn nur zustimmen, dass wir vom Fonds „Deutsche Einheit“ entlastet werden müssen. Dies habe ich beim letzten CDU-Kreisparteitag auch dem NRW-Finanzminister Dr. Linsen angetragen.

Parallel zum Schuldenabbau sollten aber auch die Hausaufgaben bezüglich der Ankurbelung der Wirtschaft und der weiteren Senkung der Arbeitslosenzahlen gemacht werden, denn nur damit bringt man noch mehr Geld in die Kassen und hält die Konjunktur in Schwung. Insofern ist es richtig, dass die Realsteuersätze nunmehr im 5. Jahr in Folge stabil bleiben und die Gebühren, wenn überhaupt, nur moderat angepasst wurden. Das schafft Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Übach-Palenberg und wie wir sehen, wachsen unsere Gewerbegebiete kontinuierlich, und auch auf einem recht hohen Niveau.

Bereits im letzten Jahr habe ich erwähnt, dass die verbesserte Anbindung an das überörtliche Straßennetz für unsere Gewerbegebiete einen positiven Effekt gehabt hat. Wir hoffen, dass sich dieser Trend mit dem Neubau der B 57 n noch verstärkt und dazu auch noch die innerstädtische Verkehrssituation verbessert wird. Wenn dann auch noch die Schokoladenfabrik in Übach-Palenberg Realität wird, kann man wirklich sagen, dass unsere Stadt gegenüber den Nachbarstädten in den letzten Jahren nicht nur Boden gutgemacht, sondern auch gleichgezogen hat.

Nachdem im letzten Jahr die Modernisierung und Attraktivierung unseres Hallenbades, dessen Name Ü-Bad nun über dem Eingang prangt, abgeschlossen wurde, sind die Besucherzahlen gut gestiegen, was man auch an den Einnahmen, die dieser Haushalt ausweist festmachen kann. Trotz der Mehreinnahmen, der energiesparenden Technik und des Energiecontractings fahren wir immer noch hohe Verluste ein. Auch das weist dieser Plan aus. Es ist zwar nicht weg zu diskutieren, dass in den letzten Jahren die Energiekosten drastisch in die Höhe gegangen sind und wir ohne diese Maßnahmen noch wesentlich mehr ausgegeben hätten, aber die Tatsache bleibt: Eine derartige Einrichtung ist ein Fass ohne Boden und wird immer ein Zuschussgeschäft bleiben, wenn wir unseren Bürgern, Vereinen und Schulen das Schwimmen als Freizeitvergnügen, zur Körperertüchtigung und auch zur Sportausbildung bieten wollen.

Ob da eine Privatisierung ein Allheilmittel ist, steht in den Sternen. Wir wissen, dass gerade private Betreiber erst einmal die Hand aufhalten, bevor sie in dieses Geschäft einsteigen und sich vor allem das Risiko absichern lassen. Daher darf es zwar keine Denkverbote geben, aber eines auch nicht geschehen, dass wir mit einem privaten Investor den berühmten Bauchklatscher machen.

Wir sind der Meinung, dass man die Besucherzahlen und damit auch die Einnahmen noch verbessern könnte. Dazu wollen wir die im Grunde moderaten Gebühren nicht antasten, sind aber der Meinung, dass eine Ausweitung der Familienkarten auch über den Sonntag hinaus durchaus eine Attraktivitätssteigerung und damit auch eine höhere Frequenz bringen könnte. Da aber die Eintrittsgebühren ohnehin zunächst nur für eine einjährige Versuchsphase festgelegt wurden, schlagen wir vor, dieses Thema danach aufzugreifen.

Das stetige Bevölkerungswachstum der letzten Jahre ist leicht eingebrochen, immerhin befinden wir uns noch über der magischen Zahl von 25.000 Einwohnern. Dennoch müssen wir zeitnah diese Entwicklung analysieren und vorbeugende Maßnahmen treffen. Sicherlich gibt es dafür mehrere Gründe. Einer könnte die inzwischen bundesweite Gleichbehandlung der Empfänger von Sozialleistungen durch die AR-GE'n sein, die Wanderungsbewegungen ausgelöst haben könnte. Ein anderer die Wohnungssituation auf dem Altbauwohnungsmarkt, der z. T. wenig attraktiv für Mieter ist, weil Instandsetzungen und Modernisierungsmaßnahmen versäumt wurden. Hier besteht dringender Handlungsbedarf durch die Hauseigentümer, gleich ob Privatpersonen oder Wohnungsbaugesellschaften. Besonders für letztere, die ja in unserer Stadt einen großen Anteil besitzen, gilt, dass Bestandspflege dringend erforderlich ist. Insofern ist es erfreulich, dass die Neubaugebiete Breiller Gracht in Frelenberg und Kirchenweg in Scherpenseel eine gute Entwicklung nehmen und dem Negativtrend entgegenwirken werden.

Wir benötigen steigende, zumindest aber stabile Einwohnerzahlen, um die hohen Investitionen, die wir in den vergangenen Jahren getätigt haben, durch entsprechende Mehreinnahmen an der Grundsteuer und dem städtischen Anteil an der Einkommenssteuer zu kompensieren, aber auch um die Schulen weiterhin mit Schülern zu füllen. Einen genaueren Überblick, was unsere Schulen angeht, werden wir durch den zurzeit in Bearbeitung befindlichen Schulentwicklungsplan erhalten. Wir sind gespannt, wie sich die diesbezüglichen Zahlen entwickeln werden.

Die Schulen finden auch in diesem vom Sparzwang geprägten Haushaltsplan eine angemessene Berücksichtigung. Es sind sowohl im Verwaltungs- als auch im Vermögenshaushalt Ansätze aufgenommen. So finden wir für den Einstieg in die „Betreuung Schule 13 Plus“ ebenso Mittel wie für die Instandsetzung der Turnhallen Frelenberg und Palenberg, der Grundschule Scherpenseel, der Realschule und der Gesamtschule aber auch für die Umgestaltung der Schulgebäude der GGS Frelenberg und Palenberg zur offenen Ganztagschule.

Wie wir aus den letzten Sitzungen wissen, kann man über Kanäle lange diskutieren. Letztlich hat aber das neue Abwasserbeseitigungskonzept unsere Zustimmung gefunden, weil die plötzlich hinzugekommene Maßnahme in der Conneallee zwar nicht aus Umweltschutzgründen absolut erforderlich aber wirtschaftlich vernünftig und die übrigen Kanalplanungen unstrittig waren. Für die Anwohner günstiger als die bisherigen Kleinkläranlagen ist der Bau der Kanäle in den Ortsteilen Sonnenhof und Stegh, für die dieser Plan Mittel vorsieht. Ebenso für das dadurch erforderliche Bearbeiten der Straßenbeläge und die Erneuerung der Straßenbeleuchtung. Noch nicht stattgefunden hat jedoch die seinerzeit vom Rat beschlossene Einwohnerversammlung als Voraussetzung für den endgültigen Baubeschluss.

Nicht zufrieden sind wir mit dem weiteren Aufschieben der Kanalerneuerung in der Heerleener Straße. Es ist zwar einerseits richtig, mit unseren Nachbarn in den Niederlanden gemeinsam zu planen, aber wir sehen auch die dadurch verursachten Verzögerungen und hoffen, dass infolge dessen nicht weitere Überschwemmungen eintreten werden.

Eine grundsätzliche Entscheidung steht auch für die Verkehrsführung im Kreuzungsbereich der Jülicher-, Daimlerstraße und des Baesweilerweges aus, für den der vor-

liegende Plan einen Kreisverkehr mit Anbindung der Paul-Klee-Straße vorsieht, was durchaus vernünftig erscheint. Wir sind seitens der CDU- Fraktion froh, dass endlich unsere seit Jahren gestellten Anträge Wirklichkeit werden, möchten aber die Anwohner dieses Bereiches an der Umsetzung beteiligen, zumal die letzte Einwohnerversammlung zu diesem Thema Jahre zurückliegt und nun eine gänzlich neue Verkehrssituation an dieser Stelle entsteht.

Für die Euregionale 2008 sind einige Vorhaben in diesen Plan eingeflossen. Das meiste ist über Zuschüsse abgedeckt, es bleiben aber immer noch 31.000 € an Eigenmitteln. Von den Maßnahmen, die die Euregionale für Übach-Palenberg vorsieht, sollten nur sinnvolle Investitionen getätigt werden, die das Wurmatal und das Naherholungsgebiet für Besucher auch von außerhalb anziehender und attraktiver machen. So sollten wir den Wohnmobilstellplatz nicht mitfinanzieren, wir sehen dafür weder den Bedarf noch einen den eingesetzten Mitteln entsprechenden Nutzen für Übach-Palenberg. Gleiches gilt für die Bed&Bike-Station – es ist keinem Bürger erklärbar, dass für das Vergnügen radwandernder Touristen öffentliche Mittel, gleich aus welcher Quelle, eingesetzt werden sollen. Privat finanziert könnten wir uns eine derartige Einrichtung durchaus vorstellen.

Mit der Brücke über die Wurmatalstraße zwischen Schloss Zweibrüggen und dem Dohmenpark sieht das schon etwas anders aus. Eigentlich waren wir dagegen. Wenn wir das aber sehr differenziert betrachten und die hohen Kosten samt entsprechendem Eigenanteil von 160.000,- € dem Nutzen gegenüberstellen, gewinnt das Projekt zusehends. Das Werben des Bürgermeisters dafür während des Bürgerempfangs ist bei uns nicht auf taube Ohren gestoßen. Nach intensivem Abwägen des Für und Wider sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass diese Brücke durchaus ein touristisches Highlight für Übach-Palenberg werden könnte. Futuristisch in der Konstruktion dürfte sie in der Lage sein, das historische Schloss mit der Naturvielfalt des einmaligen und in seinem Bekanntheitsgrad steigenden Dohmenparks zu verbinden. Wir sind jedoch der Meinung, dass diese Investition nicht allein von der Stadt Übach-Palenberg gestemmt werden muss. Wir können uns vorstellen hierbei das Instrument des Sponsorings zu nutzen. Wenn wir dabei Geld sparen können, darf die eine oder andere – ich betone: dezente - Werbetafel durchaus angebracht werden. Schließlich schlagen wir vor, auch noch an anderer Stelle zu sparen: Auf die teuren Bronzeschildkröten, die uns im Rahmen der Euregionale für die Brücke über die Wurm bei Rimburg offeriert wurden und uns ebenfalls einen hohen Eigenanteil bescheren werden, können wir gut und gerne verzichten. Sie werden im Gegensatz zur eben genannten Brücke wohl kaum einen zusätzlichen Besucher nach Übach-Palenberg locken.

Den Betrag von 100.000 € als Kostenanteil für die Gleisunterführung am Bahnhof finden wir auch in diesem Jahr wieder, weil im letzten nichts daraus geworden ist. Wir hoffen, dass die Deutsche Bahn AG auch diese Verspätung endlich aufholt und es bald losgeht, damit der Bahnhof erneuert und wieder zum angenehmen Entrée für Übach-Palenberg wird.

An diesem sparsamen Haushalt, mit dem wir unserem obersten Ziel, dem Schuldenabbau näher gekommen sind, wollen wir nichts verändern. Wir sehen zwar Handlungsbedarf am Rathausplatz. Wenn dort endlich Bewegung in die festgefahrene Grundstückssituation gegenüber dem Rathaus kommt, wird die Verkehrsgestaltung rund um den überdimensionierten Brunnen geändert werden müssen aber da kommt

es jetzt nicht auf ein Jahr an. Die Notwendigkeit der Erneuerung der Feuerwehrhäuser in Scherpenseel und Boscheln steht außer Zweifel aber auch hier will gut Ding Weile haben, schließlich haben wir einstimmig den Brandschutzbedarfsplan verabschiedet.

Die Fraktionen erhalten in Übach-Palenberg die schlechteste Finanzierung aller umliegenden Kommunen. Demokratie gibt es nun nicht zum Nulltarif. Darauf werden wir im Laufe des Jahres zurückkommen.

Wir haben erneut im Zusammenhang mit diesem Haushalt keine populistischen Anträge gestellt. Insbesondere haben wir vermieden aufgrund der Verbesserung der Haushaltssituation jetzt eine Wunschliste aufzustellen und Begehrlichkeiten zu wecken, für die wahrlich immer noch nicht die Zeit ist und die kontraproduktiv wieder in die alte Zeit des Schuldenmachens weisen würden.

Kämmerer und Bürgermeister haben in unserer Vorberatung des Haushaltsplanes bereitwillig Auskünfte gegeben und das vorliegende Zahlenwerk erläutert. Wir finden auch in diesem Jahr, dass sie ihre Sache gut gemacht haben und in Bezug auf die Entschuldung den gleichen Weg, den wir seit Jahren vorschlagen, mit verfolgen. Wir danken dem Bürgermeister, dem Kämmerer und der gesamten Verwaltung für die geleistete Arbeit und stimmen dem Haushalt, so wie er uns vorliegt zu.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr verehrte Ratskolleginnen, sehr geehrte Ratskollegen, liebe Vertreter der Presse, meine Damen und Herren,

Das Jahr 2007 ist gerade fünf Wochen alt.
Was für einen Verlauf wird es nehmen?

Das Jahr 2006 brachte für Deutschland viele Erfolge – leider die meisten nur auf sportlicher Ebene!

Deutschland war die erfolgreichste Nation bei den Olympischen Winterspielen, errang einen stolzen dritten Platz bei der Fußballweltmeisterschaft im eigenen Land und verbuchte große Anerkennung bei den Weltreiterspielen vor unserer Haustür in Aachen.

Einsatzfreude, Teamgeist und Esprit führten zum Erfolg,
der Sport als Vorbild für Politik und Politiker?

Nach zwei Fehlstarts werden Sportler disqualifiziert, Politiker aber bleiben im Rennen. Fehlstarts wie bei der Gesundheitsreform, bei Sozial- und Arbeitsgesetzgebung ziehen in der Politik keine Konsequenzen nach sich. Dies gilt auch für Kommunalpolitiker, leider! Sollten wir uns nicht gerade deshalb den Sport öfter mal zum Vorbild nehmen?

Nun zum Haushaltsentwurf 2007 der Stadt Übach-Palenberg.

Wir stehen heute vor einem Schuldenberg von weit mehr als 45 Mio. Euro. Dies bedeutet eine Pro-Kopf-Verschuldung von rund 1800 Euro. Das entspricht dem Monatseinkommen einer durchschnittlichen Familie.

2 Mio. Euro muss unser bedauernswerter Kämmerer, Bernd Schmitz, Jahr für Jahr in die Hand nehmen, um die anfallenden Darlehenszinsen zu begleichen.

Ohne diese Zinslasten könnten wir viele schöne, wohlklingende Brücken bauen – aber dazu später.

Obwohl die Stadt Übach-Palenberg – wie andere Kommunen und Kreise – im Jahre 2007 voraussichtlich höhere Steuereinnahmen verbuchen kann, bleibt das strukturelle Defizit erhalten, trotz höherer Einnahmen für die Stadt Übach-Palenberg aus Einkommenssteuer, Gewerbesteuer und Schlüsselzuweisungen in Höhe von mehr als 2 Millionen Euro.

Niemand von uns weiß, ob der Orkan der Steuerausfälle schon über uns hinweg gezogen ist, oder ob wir uns im Moment nur in seiner Mitte – im Auge des Orkans befinden.

Deshalb sind Vorsicht und Weitblick geboten!

Für jeden verantwortungsbewussten Kommunalpolitiker muss die Konsolidierung des Haushaltes, dass heißt, der unbedingte Schuldenabbau höchste Priorität haben.

Nach wie vor krankt, aus Sicht der UWG, das Konsolidierungsverhalten des Rates unserer Stadt. Wir können uns keine finanziellen Extravaganzen leisten.

Der Verwaltungshaushalt hat in 2007 ein Volumen von ca. 48 Mio. Euro. Davon entfallen allein auf die Personalausgaben rund 8,8 Mio. Euro.

Aufgrund der angespannten Haushaltssituation sollte die Verwaltung auf Beförderungen verzichten. Die UWG hat deshalb in den letzten Jahren im Rat keiner Höhergruppierung zugestimmt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Entscheidungen der UWG sind sach- und nicht personenbezogen. Unserer Meinung nach, wäre ein sensibler Umgang mit Beförderungen im gehobenen und im höheren Dienst wünschenswert.

Beispiel:

innerhalb von 15 Monaten eine Steigerung von zwei Besoldungsgruppen für ein und dieselbe Person? In der so genannten „Freien Wirtschaft“ undenkbar!

Die UWG ist nach wie vor bereit, dass sage ich hier in aller Deutlichkeit, Stellung zu beziehen und unpopuläre Entscheidungen zu treffen – auch in Zukunft!

Nach unserer Auffassung gibt es weiteres Einsparpotential. Durch gezielten Einsatz von biologisch abbaubaren und ökologisch unbedenklichen Herbiziden hätten im vergangenen Jahr 34 Tausend Euro eingespart werden können. Wir waren einer Meinung mit unserem Bürgermeister, Herrn Schmitz-Kröll, und der CDU. Selbst das Umweltministerium hatte keine Bedenken!

Wie immer, wird an der falschen Stelle gespart – der Reinigungszyklus unserer städtischen Grünanlagen wurde aus Kostengründen von drei auf zwei Pflegegänge im Jahr gekürzt. Das trägt nicht zum positiven Erscheinungsbild unserer Stadt bei!

Gut, ist aus Sicht der UWG, dass für Sanierungsmaßnahmen im Schulbereich über 1 Mio. Euro im Haushalt 2007 bereitgestellt werden. Davon alleine für die Gebäudesanierung rund 700 Tausend Euro.

Gut ist, dass die Sportstätten in Palenberg, Scherpenseel, Frelenberg und Übach modernisiert werden.

Gut ist, dass das Schulzentrum saniert wird.

Jeder Euro, der für die Sicherheit und Bildung unserer Kinder ausgegeben wird, ist richtig angelegt. Ich denke dabei auch an die längst fällige Umsetzung der Brandschutzbestimmungen im Schulzentrum.

Es sei hier nur kurz daran erinnert, dass die SPD im Wahljahr 2004 behauptete, „Unsere Schulen sind Erste Klasse!“ Da drängt sich mir doch an dieser Stelle, Herr Kollege Weißborn, die Frage auf, ist der Sanierungsstau innerhalb von zwei Jahren entstanden, oder waren Sie und Ihre Genossen von der SPD über die vorhandene Bausubstanz unserer Schulen desinformiert?

Die Mehrheit des Rates hat sich in diesem Jahr verpflichtet, 89 Tausend Euro für den Bau einer Rampe am Rimburger Acker in den Haushalt einzustellen. Es kann nicht sein, dass ein Investor ein Bauprojekt für Senioren erstellt, ohne dass ein senioren- bzw. behindertengerechter Zugang zuvor in der Planungs- und Ausführungsphase berücksichtigt wurde. Hier muss der Investor in die Pflicht genommen werden und nicht der Bürger!

Die Mehrheit im Rat, so scheint es, hat immer noch genügend Geld zur Verfügung, um Planungsfehler zu kaschieren.

Nach wie vor lässt das Erscheinungsbild unserer Stadtkerne Übach und Palenberg keine Freude aufkommen. Leer stehende Ladenlokale haben nun mal keine Anziehungskraft auf Käufer. Eingekauft wird lediglich auf der grünen Wiese, die City ist verwaist, die Flaniermeile ein Traum und das Stadtmarketing liegt im Dornröschenschlaf.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass die Nahversorgung in allen Stadtteilen gewährleistet sein muss. Geht man, wie in Übach-Palenberg geschehen, mit der Planung und Genehmigung zusätzlicher Einzelhandelsflächen nicht behutsam um, sterben die Stadtzentren.

Übach-Palenberg liegt an letzter Stelle bezüglich des Pro-Kopf-Einkommens in NRW. Schon jetzt haben wir eine Übersättigung an Verkaufsfläche im Bereich des Lebensmittel-Einzelhandels.

Wer spricht denn noch von Nahversorgung wenn in Marienberg ein Discounter mit einer Fläche von 1600 qm für Verkauf und Lager entsteht? Dies allein im ersten Bau-

abschnitt. Im zweiten Bauabschnitt ist zusätzlich ein Getränkemarkt von 528 qm und im dritten Bauabschnitt eine Erweiterung von 614 qm vorgesehen. Bei der geplanten Gesamtfläche von 2750 qm von Nahversorgung zu sprechen ist schlicht weg der wahre Hohn.

2750 qm – dies entspricht 55 Fachgeschäften mit je 50 qm – unvorstellbar.

Wir benötigen nicht nur Discounter, sondern auch eine attraktive Innenstadt. Damit der Slogan „hier leb ich gern, hier kauf ich ein“ Wahrheit werden kann.

Aber vielleicht hat die UWG den Begriff „Nahversorgung“ falsch verstanden?

Bereits in meiner Rede zur Haltshaltseinbringung 2006 habe ich deutlich gemacht, dass unsere Stadt kein Geld für Umweltromantik hat.

Aus diesem Grund beantragt die UWG alle im Haushalt relevanten Positionen zur Euregionale 2008 (Unterabschnitt 591) auf Null zu setzen und dadurch die vorgesehenen Projekte zu stoppen. Sollte unserem Antrag nicht stattgegeben werden, wird die UWG den Haushalt 2007 ablehnen.

Wir brauchen in unserer finanziellen Situation weder ein „kleines Bauhaus“ noch eine „Golden Gate Bridge“ als Verbindung vom Dohmen Park zum Naherholungsgebiet. Die Aachener Bürger habe es uns vorgemacht, wie man sich gegen solche Prestigeobjekte zur Wehr setzt und sie haben es geschafft!

Es ist politisch unverantwortlich in den blauen Dunst zu planen. Die endgültige Höhe der Fördergelder steht noch nicht fest und die Folgekosten sind nicht absehbar.

Hat die Mehrheit der Bürger von Übach-Palenberg bei einem Schuldenberg von 45 Mio. Euro Verständnis dafür, dass Politiker für Steinschildkröten, einen angestrahnten Wasserturm und eine klingende Brücke im Walfischlook Geld ausgeben wollen?

Kein Bürger von Übach-Palenberg, der täglich um seine Existenz bangt, kann nachvollziehen, wie hier Steuergelder verplempert werden!

Kein Politiker, der der Euregionale 2008 zustimmt, darf sich wundern, wenn man ihm Realitätsverlust vorwirft.

Die UWG appelliert hier an unser aller Verantwortung.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

da meine Vorredner bereits die allgemeinen Daten des Haushaltes ausreichend erwähnt und dargelegt haben, möchte ich für die Fraktion der Grünen in meinen Ausführungen nach einer kurzen Gesamtbewertung nur auf einige für uns wichtige Einzelaspekte eingehen.

Dass Entscheidungen dieses Rates in den letzten Jahren richtig waren, wird vor allem daran deutlich, dass wir hier in Übach-Palenberg heute erneut einen Haushaltsplan ohne Haushaltssicherungskonzept beschließen können, obwohl wir fast die schwierigste Ausgangslage der Kommunen in NRW haben. Erinnern wir uns nur an die Auseinandersetzung mit dem Härteausgleich und nehmen auch noch ein Zitat der IHK aus dem Jahr 2004 hinzu, dann wird deutlich dass wir im Wettbewerb der Kommunen durch externe und exogene Faktoren deutlich gegenüber vielen anderen Kommunen benachteiligt sind. Mehr als 50 % der Kommunen zum Teil mit besseren Ausgangsdaten schafften dies nicht.

Nach der Haushaltseinbringung durch den Bürgermeister und der anschließenden Presse, könnte man meinen, dass nun das Tal durchschritten sei und wir nun besseren Zeiten entgegensehen. Dies wird allerdings von uns nicht vorbehaltlos so gesehen. Das im Haushaltsplan 2007 keine Entnahme aus den Rücklagen vorgesehen ist, liegt wohl weniger an der äußerst positiven Haushaltsbilanz, sondern eher daran, dass die Rücklagen leer sind und von dort auch nichts mehr entnommen werden kann.

Auch von den prognostizierten wesentlich besseren Steuereinnahmen werden die Kommunen kaum langfristig profitieren. Andererseits werden wir 2007 so wenig investieren wie in den vergangenen 10 Jahren nicht mehr. Die Krankenhausumlage wird eben mal verdoppelt und reißt Löcher in die kommunale Finanzplanung. Kindergartenzuschüsse und Lehrmittelfreiheit werden vom Land gekürzt. Die Kreisumlage steigt auch erneut – und im Gegensatz zu Ihnen, Herr Bürgermeister, finden wir die Finanzplanung des Kreises durchaus nicht positiv; dass nämlich lediglich die Kreisumlage bei Jugendamt sinkt, finden wir bezeichnend und bedeutet neben einem Qualitätsverlust im Umkehrschluss auch, dass im wichtigen der Bereich der Jugendarbeit auch weiterhin die Stadt – wie bereits beim Streetworker und im Bereich der Jugendpartizipation - mehr erbringen muss.

Mit dem aus diesen Fakten leider nur sehr verhaltenen Optimismus - aber mit der nötigen Sorgfalt werden wir uns jedoch im Jahr 2007 wieder der Neuverschuldung gleich null annähern. Wir gehen sogar davon aus, dass eine Nettoneuverschuldung vermieden werden kann, da die Modellrechnung des Landes noch positiver geworden ist. Die positiven Entwicklungen sind aber nicht das Signal den nötigen Konsolidierungskurs zu verlassen, sondern jetzt erst recht zu versuchen, den Verwaltungshaushalt dauerhaft zu entlasten, vor allem durch Senkung der Zinsbelastung.

Um den Verwaltungshaushalt zu entlasten, aber auch um einen kleinen Beitrag zum Klimaschutz beizutragen, haben wir bereits im Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagen die Investitionen für Energieeinsparmaßnahmen auch in diesem Jahr zur Verfügung zu stellen. Wir sind fest davon überzeugt, dass jeder Euro hier sinnvoll die Energiekosten in den Folgejahren reduziert und gleichzeitig dazu beiträgt den CO₂-Ausstoß zu verringern.

Als weitere Änderung haben wir vorgeschlagen, dass für die im Rat bereits beschlossene Jugendpartizipation eine Haushaltsstelle eingerichtet werden soll. Wir gehen davon aus, dass im Jahr 2007 eine entsprechende Auftaktveranstaltung stattfindet. Wir glauben, dass Jugendpartizipation einen hohen Stellenwert hat und deswegen sollte sich dies auch hier widerspiegeln.

Neben diesen konkreten Änderungen am Haushalt gibt es weitere Positionen im Haushalt, bei denen wir uns weitere Diskussionen wünschen, da sie für uns nicht abschließend geklärt sind. Wir wollen hier aber auch nicht Positionen ganz streichen oder verändern, sondern nur an dieser Stelle bereits deutlich machen, dass nicht jede Summe im Haushalt später auch unsere Zustimmung erhalten wird.

Der wichtigste Bereich umfasst dabei sicherlich die Investitionen zur Euregionale.

Wir GRÜNE wollen die Euregionale, wir wollen, dass die Euregionale nicht nur in Aachen und Herzogenrath stattfindet, sondern wir wollen auch Euregionale hier in Übach-Palenberg.

Wir bedauern sehr, dass sich die Diskussion zur Euregionalen zunehmend auf wenige Fragen reduziert, wie: Brauchen wir eine solche Brücke? Schlafen Wohnmobilmfahrer an der Bahn? Was ist die Euregionale denn eigentlich? Die Euregionale 2008 ist eine trinationale Initiative, die wesentliche Impulse für Wirtschaftsförderung, Regionalentwicklung und Kulturtourismus in der Dreiländer-Region Aachen setzt. Ein Baustein davon ist das Projekt „Grenzland Wurm“, das die vier HÜLK-Kommunen (Herzogenrath, Übach-Palenberg, Landgraaf und Kerkrade) initiiert haben. Es wird das zwischen Aachen und Geilenkirchen gelegene deutsch-niederländische Naherholungsgebiet Wurm für die Bewohner und Besucher der Region entwickeln und erlebbar machen. Wir wollen nicht, dass die Besucher demnächst an der Stadtgrenze Herzogenrath halt machen und umkehren. Wir wollen diese Chance nutzen und Übach-Palenberg weiterentwickeln. Wir wollen dies auch in diesem Kontext diskutieren und nicht im Rahmen der Haushaltsberatung schon Weichen stellen und Projekte sterben lassen.

Andere Investitionen, die mit der Ansiedelung von Gewerbebetrieben oder städtebaulicher Infrastruktur zu tun haben, wollen wir kritisch begleiten. Desaster wie am Rathausplatz wollen wir in Zukunft verhindern. Dazu zählt auch der Anschluss der Paul-Klee-Straße; hier sehen wir derzeit keine Notwendigkeit, wie wir z.B. bei einer anderen Verkehrslösung an der Jülicherstraße sehr wohl sehen.

Wir freuen uns im Jahr 2007 auf die Bahnhofsumgestaltung, hier ist der städtische Anteil eine gut angelegte Investition für unsere Bürger, die nun bald einen ansprechenden und modernen Zugang zum Schienen-ÖPNV erhalten.

Ebenso hoffen wir darauf, dass die Investition in die Außenfläche des Ü-Bades zur Attraktivierung beiträgt. Hier werden wir allerdings im kommenden Jahr noch einmal sehr genau prüfen müssen, ob nicht doch wieder eine Wasserfläche im Außenbereich ermöglicht werden kann.

Bei einigen Haushaltspositionen werden wir in Zukunft auch kritisch hinterfragen, was mit den Geldern passiert. Entsprechen die derzeitigen Ausgaben zur lokalen Agenda, dem Ökogroschen und anderen Positionen noch dem, was der Rat einmal damit bezwecken wollte?

Ebenso wollen wir Grüne in Zukunft den Energieverbrauch bei städtischen Gebäuden genauer unter die Lupe nehmen. Wir wollen daher neben den Kosten auch eine Tabelle mit Angaben zum Primärenergieverbrauch zur Beratung haben, um unabhängig von Preisschwankungen die tatsächlichen „Löcher“ besser erkennen zu können, und einen entsprechenden Aktionsplan Energie entwickeln.

Neben unseren beiden Änderungsvorschlägen unterstützen wir auch den Antrag des Partnerschaftsvereins und die Änderungsanträge der Verwaltung. Auch die Ideen der

SPD-Fraktion finden unsere Zustimmung. Kombiniert mit diesen Änderungen findet der vorgelegte Haushalt unsere Zustimmung.

Ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit.“

Stadtverordneter **Offermanns** führte aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates, sehr geehrter Herr Bienwald von der hiesigen Presse, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Übach-Palenberg,

ein Jahr ist vergangen seit der Verabschiedung des letzten Haushaltes 2006!
Was ist bisher getan worden?

Zu den Punkten möchte ich im Einzelnen wie folgt Stellung beziehen!

Vorher will ich hier festhalten, dass mir laut meiner Anfrage in der letzten Ratsitzung eine Antwort vom Kämmerer im Haupt- und Finanzausschuss am vergangenen Dienstag bekommen habe, wo er uns sagte, dass wir durch die 3%-Mwst-Erhöhung seit Januar 2007 zusätzlich 246.600 € in diesem Jahr mehr aufbringen müssen, die uns die Bundesregierung an Belastungen zusätzlich aufgebürdet hat!

Möchte gerne daran erinnern, dass dies gegen die Stimmen der FDP gemacht wurde!

Dies ist eine unzumutbare zusätzliche Belastung, die unser Wirtschaftswachstum unnötig bremst und worauf wir hier in Übach-Palenberg gerne verzichtet hätten – leider können wir das nicht verhindern und müssen es vollkommen sinnlos bezahlen.

Dafür hätten wir in Übach-Palenberg lieber einen Kreisverkehr bauen können!

Zum Beispiel am neuen Lidl in Marienberg. Das wäre eine sinnvolle Investition in die Zukunft gewesen!

Als einen für die FDP sehr wichtigen Punkt hatte ich ein Personalentwicklungskonzept in meiner Haushaltsrede 2006 von der Verwaltung gefordert. Weil dies bis heute nicht geschehen ist, fordere ich dies erneut und bis ich das Personalentwicklungskonzept der Verwaltung gesehen habe.

Darum hatte ich dem neuen Personalplan soeben nicht zugestimmt.

Übrigens nur mit meiner Gegenstimme.

Wie ich aber soeben gehört habe, soll man in der Verwaltung nun doch daran arbeiten. Leider ist das für die diesjährigen Haushaltsberatungen noch keine Diskussionsgrundlage geworden!

Da kann man aber doch erkennen, dass man als Einzelkämpfer im Rat der Stadt Übach-Palenberg was erreichen kann!

Wichtig ist wenigstens eine Erkenntnis, dass wir weiter sozialverträglich Personal abbauen oder zumindest nicht aufstocken werden! Aber immer so, dass die Aufgaben der Verwaltung erfüllt werden können!

Verkehrslenkung in Übach-Palenberg ist noch nicht zu erkennen!

Außer die Tempo 30 Zonen!

Wenn man hier wenigstens dem Konzept von dem letzten Gutachten aus dem Jahr 1995 folgen würde! Dies wurde übrigens auch damals vom Rat einstimmig verabschiedet. Es könnte nicht schaden, wenn man dem wenigstens mal wieder ab und zu folgen würde, denn jedes Gutachten kostet auch Geld und macht Sinn, weil es von Fachleuten gemacht wurde.

Ein weiterer Fußgänger-Überweg am Carlsplatz ist bereits in Planung.

Eine sehr gute und wichtige Entscheidung zum „Weiterkommen für Übach-Palenberg“ ist mit der EuRegionale 2008 gefallen.

Für mich absolut nicht nachvollziehbar ist hier die Ablehnung der UWG.

Hier bin ich absolut dafür, denn ich will, dass es in Übach-Palenberg mit der FDP weiter nach vorne geht!

Auch bin ich für den Wohnwagenstellplatz in Übach-Palenberg.
Vielleicht sollte man über den Standort noch mal nachdenken.

Der Dorfplatz in Siepenbusch ist vor der Fertigstellung im Frühjahr!
Restarbeiten müssen noch gemacht werden, wie Strom- und Wasseranschluss.
Auch wäre es sehr schön, wenn man den sehr aktiven Bürgern, die auch gerne bereit sind, neben ihrer vielen Stunden Arbeit auch finanzielle Mittel einsetzen, nun noch ein „Dach über den Kopf“ mitzugestalten?

Wie von mir im letzten Jahr gefordert:

Für die Turnhalle in Palenberg zur Renovierung und Modernisierung stehen die ersten Mittel in diesem Jahr im Haushalt bereit!
Eine gute Sache für alle Sportler dieser Stadt.
Umso mehr, nachdem Deutschland am Sonntag Handballweltmeister geworden ist und die Handballer ja in dieser Halle trainieren und ihre Spiele absolvieren.
Damit wird der Handballsport in einer modernisierten Halle in Übach-Palenberg noch mehr Zuspruch bekommen!

Die Modernisierung der Sauna muss noch geplant und endlich auch gemacht werden. Hier werden als einzige Abteilung des Hallenfreibadbereiches schwarze Zahlen geschrieben! Die könnte man durch eine sinnvolle Modernisierung noch größer werden lassen.

Da müssen wir dranbleiben, denn es steht ja noch ein viel größerer Brocken an; nämlich die Modernisierung des Freibades, dem wir uns auf Dauer nicht verschließen können, zumindest der Erhalt eines Außenschwimmbeckens sollte ins Auge gefasst werden!

Ein neues Feuerwehrhaus in Scherpenseel sollte auf Scherpenseeler Seite in Grenznähe endlich geplant und gebaut werden!

Der Kreisverkehr Jülicher Straße/Baesweilerweg steht in diesem Jahr an! Hier erneut

meine Bitte, die Anbindung ans Thorngelände nicht zu vergessen. Endlich wenigstens mal ein Kreisverkehr, den wir in diesem Jahr machen werden! Ein Kreisverkehr am anderen Ende vom Baesweilerweg wäre aber genauso wichtig!

Hier meine Damen und Herren von der Verwaltung und vom Rat muss ich mal die Frage stellen:

Wie hat die Stadt Geilenkirchen das nur so schnell hinbekommen, dass es dort fast keine Ampelanlagen mehr gibt und so hohe Strom- und auch Wartungskosten eingespart werden. Zudem viele Immissionen, die absolut nicht nötig sind, denn sie sehen es in unserer Nachbarstadt wie es gemacht wird! Zusätzlich heißt das für alle Bürger sparen von absoluten und noch nie so hoch gewesenen Benzinkosten!

Das ist, meine Damen und Herren, eine sinnvolle Investition in die Zukunft, die sich auf Dauer rechnen lässt. Hier haben wir auch die Verpflichtung gegenüber unseren Bürgern, was wirklich KOSTENSPARENDES für die Zukunft von uns allen und vor allen Dingen unserer Kinder zu tun!

Wenn wir für so was Sinnvolles Geld in die Hand nehmen müssen, bin ich immer dafür!

Heute investieren und in den Folgejahren Geld sparen für uns alle und auch für unsere Nachfolge-Generationen!

Etwas sehr „Nachahmenswertes“ macht derzeit nach meiner Meinung wieder die Stadt Geilenkirchen!

Sie macht versuchsweise für ein Jahr eine moderne Verkehrsführung, nämlich eine Einbahnstraßen-Regelung mitten durch die Stadt mit breiten Gehwegen und vielen Parkmöglichkeiten in unmittelbarer Nähe der Geschäfte!

Warum, so frage ich sie alle ernsthaft, probieren wir das nicht auch „versuchsweise“ für ein Jahr mit der Carolus-Magnus-Straße oder sind die Damen und Herren des Rates in Geilenkirchen mutiger wie wir? Machen wir den Versuch für kleines Geld erstmal provisorisch für ein Jahr von dem Rathausplatz bis hin zum Carlsplatz!

Möchte hier nur festhalten, dass wir nun nicht alles nachmachen sollen, was in Geilenkirchen gemacht wird. Wobei ich hiermit sage, dass Übach-Palenberg doch mindestens jetzt schon genauso schön ist wie Geilenkirchen und mit den Maßnahmen aber dann noch schöner und attraktiver und moderner auch für neue Bürger der Stadt Übach-Palenberg wäre!

Hier könnten wir dann neben der eingesparten Gegenspur breite Fußgängerwege erstmal nur aufzeichnen, wo zwei Kinderwagen oder Rollstühle bequem nebeneinander fahren könnten und sich ganz großzügig bewegen und hätten hier eine optimale Kombination von Fußgängern und Autofahrern geschaffen!

Dann könnte auch die vollkommen nutzlosen und hässlichen Poller endlich entfernt werden!

Außerdem wird hier uns das Bauamt sicherlich sehr schön mit Pflanzen und Blumen gestaltete Möglichkeiten vorschlagen, die wir dann beraten und beschließen können!

Auch hier ist der richtige Weg:

Erst investieren und damit steigende Kosten auf Dauer abzubauen!

Möchte auch zu gestalterischen Dingen in unserer Stadt was sagen!

Wann packen wir endlich mal die Tankstellen-Ruine neben Thomas Philipps an und das alte Gebäude von ehemals Hotel Ernst, was wirklich nicht zu den schönen Stellen in der Stadt zählt!

Diese Schandfleckle müssen schnellstens beseitigt werden, auch das ist eine Forderung der FDP Übach-Palenberg.

Hier ist absoluter Handlungsbedarf gefordert, zumal man diese Stellen einer vernünftigen Planung zuführen kann?

Lassen Sie mich zum Schluss noch Dank sagen bei allen, die an dem Haushalt mitgearbeitet haben!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich werde dem Haushalt 2007 zustimmen.“

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass er über den Antrag der UWG-Fraktion zuerst abstimmen lassen wolle, da dieser der weitestgehende in Bezug auf den Haushalt sei.

Beschluss:

Alle relevanten Einnahme- und Ausgabepositionen im Unterabschnitt 591 /117) werden auf Null gesetzt und dadurch die vorgesehene Beteiligung bei Projekten der EuRegionale 2008 gestoppt.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen

1 Enthaltung

25 Nein-Stimmen

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass er nun über die anderen Vorschläge abstimmen lassen wolle.

Stadtverordneter **Gudduschat** bat darum, dass von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN entsprechende Deckungsvorschläge vorgelegt werden sollten.

Betreffend das von der SPD-Fraktion geforderte Begrüßungspaket befand er, dass man sich dieses durchaus sparen könne. Vielmehr solle die SPD-Fraktion doch so ehrlich sein und dem Begrüßungspaket direkt einen Antrag zum Parteieintritt in die SPD beilegen. Er könne den Nutzen für die Stadt als solches nicht erkennen und könne dem Vorschlag deshalb auch nicht folgen. Dies sei jedoch seine persönliche Auffassung.

Stadtverordneter **Rißmayer** erläuterte, dass durch die zweite Proheberechnung des Landes in Bezug auf die Zuweisung von Finanzmitteln an Gemeinden bei den Mehreinnahmen im Verwaltungshaushalt eine Deckung vorgenommen werden könne.

Diese sei nämlich höher als der von den Grünen vorgeschlagene Mehrbedarf.

Bürgermeister Schmitz-Kröll konkretisierte, dass durch den Antrag keine Mehrausgaben gegenüber dem Haushaltsentwurf getätigt werden müssten. Lediglich die in der Aufstellung ausgewiesene Verringerung des Kreditaufwandes für das laufende Haushaltsjahr würde um den beantragten Betrag reduziert.

Stadtverordneter **Weißborn** verwahrte sich dagegen, dass der Vorschlag zur Einführung eines Baby-Begrüßungspaketes parteipolitisch ausgenutzt werden könne. Es gehe einzig und allein darum, die Einwohnerzahl der Stadt Übach-Palenberg zu halten. Dies würde auch von Stadtverordneten Weinen so gefordert. Wichtig sei, die nunmehr zu erkennende Abwärtsspirale zu stoppen und Maßnahmen zu ergreifen, die über ein bloßes Beklagen der Situation hinausgehen.

Die SPD-Fraktion könne sich durchaus damit anfreunden ihren Vorschlag zur Erarbeitung eines Familienberichtes zu vertagen, damit in den Fraktionen hierüber noch beraten werden könne. Er bitte diesen Vorschlag nicht von vornherein zu verteufeln, sondern zu überlegen, wie es möglich sei, das Image der Stadt Übach-Palenberg zu verbessern.

In Bezug auf die Anmerkung der Stadtverordneten Weinhold erklärte er, dass offensichtlich der Eindruck erweckt werden sollte, dass man Beschlüsse pauschal ohne die nötige Auseinandersetzung getroffen habe. Jede Entscheidung, auch im Personalbereich, werde abgewogen und vor dem betreffenden Hintergrund gesehen. Eine leistungsgerechte Entlohnung müsse wie in der Privatwirtschaft auch für den öffentlichen Dienst gelten. Darüber hinaus halte er es für bedenklich, wenn in der Haushaltsrede Punkte aus nichtöffentlicher Sitzung öffentlich zum Besten gegeben werden.

Stadtverordneter **Dieckmann** erläuterte, dass es der UWG-Fraktion vordringlich um die Eindämmung der Neuverschuldung gehe. Zum Vorwurf Inhalte aus nichtöffentlicher Sitzung zu missbrauchen entgegnete er, dass es lediglich darum gehe, die grundsätzliche Meinung der Fraktion darzustellen und keine konkreten Hintergründe preiszugeben.

Zu der in der Haushaltsrede angekündigten Erhöhung der Fraktionsgelder erklärte er, dass diese auf jeden Fall zu einer Ansatzserhöhung im vorliegenden Haushalt führen würden. Dies sei mit dem jetzigen Haushaltsentwurf ohne Änderung nicht zu machen.

Stadtverordneter **Weinen** erklärte, dass er die Einführung eines Baby-Begrüßungspaketes differenzierter sehe und schlage vor, diese Thematik den Fraktionen zur näheren Diskussion zu übergeben. Er sehe nicht, dass diese Vorschläge zu einer Ablehnung des Haushaltes führen, werde jedoch in diesen Sachfragen die Abstimmung innerhalb seiner Fraktion frei geben.

Stadtverordneter **Rißmayer** bestätigte die von Bürgermeister Schmitz-Kröll getätigte Aussage, dass durch die beiden Ansätze laut Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Schuldenverminderung geringer ausfalle. Er verwies jedoch darauf, dass es sich bei den Vorschlägen um rentierliche Maßnahmen handele, die letztendlich zu einer Ausgabenreduzierung für die Zukunft beitragen.

Stadtverordneter **Weißborn** plädierte dafür, dass die CDU in der Frage zur Familiensituation und zum Baby-Begrüßungspaket mitgenommen werden müsse. Eine Verta-

gung sei deshalb in Ordnung. Er sehe durchaus, dass die finanzielle Lage der Stadt Übach-Palenberg nicht die beste sei. Es werde sich daran jedoch nichts ändern, wenn man nicht durch Maßnahmen versuche dem entgegenzusteuern. Insbesondere die Auslastung öffentlicher Einrichtungen sowie die Stabilisierung der Kaufkraft seien maßgeblich vor den Einwohnern der Stadt Übach-Palenberg abhängig. Er bedauerte, dass die UWG-Fraktion dies offensichtlich so nicht sehe.

Stadtverordneter **Meertens** erklärte, dass seiner Meinung nach die Vorschläge in Richtung einer großen Event-Veranstaltung gingen. Betrachte man alleine die Schuldentilgung des Bundes so würde es 182 Jahre dauern, den Schuldenberg abzutragen, wenn keine Neuverschuldung in diesem Zeitraum entstehe. Er erinnerte an den dringenden Aufruf des Regierungspräsidenten Lindlar, die Haushaltskonsolidierung in den kommunalen Haushalten weiter fortzuführen. Die Aussage „Nageln Sie den Leuten die Füße fest!“ spreche hier wohl Bände.

Stadtverordnete **Weinhold** regte an, die Ursachen für die Abwanderung von Einwohnern aus Übach-Palenberg zu ermitteln. Alleine ein Baby-Begrüßungsgeschenk helfe nicht, die Einwohnerzahl in Übach-Palenberg zu stabilisieren.

Nach einer weiteren Diskussion erklärte **Bürgermeister Schmitz-Kröll**, dass er den Entwurf des Haushaltes mit seinen Änderungen, insbesondere der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sowie den Haushaltsbegleitbeschlüssen zur Abstimmung stellen wolle.

Beschluss:

I. Haushaltsbegleitbeschlüsse:

1. Der Vorschlag zur Erstellung eines kommunalen Familienberichtes für Übach-Palenberg wird zur weiteren Beratung an die Fraktionen verwiesen.
2. Der Vorschlag zur Einführung eines Babybegrüßungspaketes wird ebenfalls zur weiteren Beratung an die Fraktionen verwiesen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, in Überlegungen zur Umgestaltung des Rathausplatzes noch in diesem Jahr einzusteigen. In Anbetracht der derzeitigen Situation lassen sich Immobilien an diesem Platz nur sehr schwer vermarkten. Die Attraktivierung des Ortszentrums Übach wird angestrebt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, sich mit der wirtschaftlichen Situation der Sauna zu befassen. Insbesondere soll untersucht werden, ob durch Modernisierung eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, z.B. durch mehr Besucher, erreicht werden kann.
5. Die SPD-Fraktion beantragt, auf der Freifläche des Ü-Bades eine Wasserfläche zu erstellen, die ohne zusätzliche Badeaufsicht betrieben werden kann. Unter dieser Maßgabe wird die Verwaltung beauftragt, Vorschläge zur Schaffung einer solchen Wasserfläche zeitnah zu erarbeiten und diese den zuständigen Ausschüssen zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

II. Haushalt 2007

1. Folgende Positionen des Haushaltsentwurfes werden geändert:

1. Verwaltungshaushalt

HHST	Text	Einnahme mehr/weniger	Ausgabe mehr/weniger
	Haushaltsvolumen lt. Entwurf	48.184.520	48.184.520
000.7180	Partnerschaftsverein		1.000
210.5022	Instandsetzung Turnhalle Frelenberg		122.500
451.6501	Jugendbeteiligung		1.000
900.0100	Gemeindeanteil an der Einkommens- steuer	104.990	
900.0120	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer Ausgleichszah-	45.600	
900.0910	lung/Familienl.ausgleich	5.270	
900.0410	Schlüsselzuweisung	289.380	
912.2811	Zuführung vom Vermögenshaushalt	-151.020	
900.8320	Kreisumlage allgemein		126.460
900.8321	Kreisumlage Jugendhilfe		43.260
	neues Haushaltsvolumen Verw.-HH lt. Ratsbeschluss vom 06.02.2007	48.478.740	48.478.740

2. Vermögenshaushalt

HHST	Text	Einnahme mehr/weniger	Ausgabe mehr/weniger
	Haushaltsvolumen lt. Entwurf	7.621.000	7.621.000
120.9410	Investitionsmaßnahme Energieein- sparung		20.000
571.9403	Hallenbad (Attraktivierung)		30.000
630.9504	Straßenbegrünung		18.000
900.3610	Allgemeine Investitionspauschale	41.300	
900.3615	Schulbaupauschale	2.530	
910.3760	Aufnahme von Krediten	-126.850	
912.9011	Zuführung zum Verwaltungshaushalt		-151.020
	neues Haushaltsvolumen Verm.-HH. lt. Ratsbeschluss vom 06.02.2007	7.537.980	7.537.980
Investitionsprogramm			
	Entwurf	17.903.500	
	investive Änderungen Vermögens- haushalt	68.000	
		17.971.500	

2. Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 wird in Ausgabe und Ein- nahme wie folgt beschlossen:

Verwaltungshaushalt	48.478.740 €
Vermögenshaushalt	7.537.980 €

Kreditaufnahme	1.907.280 €
Verpflichtungsermächtigungen	1.723.980 €
Höchstbetrag der Kassenkredite	3.000.000 €

Steuerhebesätze:

Grundsteuer A	240 v.H.
Grundsteuer B	379 v.H.
Gewerbsteuer	399 v.H.

3. Das Investitionsprogramm 2006-2010 wird mit einem Gesamtvolumen von 17.971.500 € beschlossen.

4. Von der Finanzplanung wird Kenntnis genommen.

5. Ein Haushaltssicherungskonzept wird nicht aufgestellt.

Abstimmungsergebnis:

26 Ja-Stimmen

6 Nein-Stimmen

5 Bebauungsplan Nr. 79 - Bergarbeitersiedlung Palenberg - 5. Änderung

hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte sich für befähigt und bat die erste stellvertretende Bürgermeisterin Piez die Sitzungsleitung und Abstimmung vorzunehmen.

Er nahm während der Beratung und Beschlussfassung im Zuschauerraum Platz.

Erste stellvertretende Bürgermeisterin **Piez** verwies darauf, dass die Verwaltung eine Korrektur der Anlage 1.1 vorgebracht habe. Wie in der letzten Stadtentwicklungs- und Umweltausschusssitzung sowie in der Haupt- und Finanzausschusssitzung erläutert, handele es sich bei der dort aufgeführten Theresienstraße 23 um die Theresienstraße 21. Ebenso sei zum räumlichen Geltungsbereich in der Begründung zum Umweltbericht die Gemarkung Übach-Palenberg Flur 47, Nr. 947 hinzuzufügen.

Beschluss:

1. Über die von der Öffentlichkeit vorgetragenen Anregungen wird entsprechend den Anlagen 1.1 bis 1.3 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Einladung zu dieser Sitzung und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen wird entsprechend den Anlagen 2.1 bis 2.3 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Einladung zu dieser Sitzung und in der Urschriftensammlung enthalten).

3. Der Planentwurf der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 79 – Bergarbeitersiedlung Palenberg - wird beschlossen.
4. Die Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 79 – Bergarbeitersiedlung Palenberg - wird angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

Nach der Beschlussfassung übernahm **Bürgermeister Schmitz-Kröll** wieder die Sitzungsleitung.

- 6 **11. Änderungssatzung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung**
-

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte 11. Änderungssatzung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Übach-Palenberg wird beschlossen (die Anlage ist Bestandteil der Einladung zu dieser Sitzung und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 7 **Erweiterungen zur Tagesordnung**
-

- 7.1 **Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung des Haupt- und Finanzausschusses gem. § 60 Abs. 1 GO NW**

hier: Anordnung einer Einwohnerversammlung

Grün- und Parkanlage "Otto-von-Hubach-Straße/Johanniterstraße"

Ergänzend zu den Vorschlägen aus der Haupt- und Finanzausschusssitzung erklärte Stadtverordneter **Rißmayer**, dass die sachkundige Einwohnerin Appelrath an der Einwohnerversammlung in Vertretung seiner Partei teilnehmen werde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung des Haupt- und Finanzausschusses aus seiner Sitzung vom 30.01.2007:
Zur Gestaltung der Grün- und Parkanlage „Otto-von-Hubach-Straße/Johanniterstraße“ wird eine Einwohnerversammlung durchgeführt.

Folgende Vertreter der Fraktionen und Parteien im Rat nehmen hieran teil:

Für die Fraktion der SPD:	Die Stadtverordneten Paul Josef Gerschel und Heiner Weiborn
Für die Fraktion der CDU:	Die Stadtverordneten Silvia Gillen und Gerhard Gudduschat
Für die Fraktion der UWG:	Sachkundiger Bürger Paul Joeris
Für die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN:	Sachkundige Bürgerin Brigitte Appelrath
Für die FDP:	Stadtverordneter Manfred Offermanns

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

8.1 Windpark Herzogenrath-Nord

hier: Sachstandsbericht

Der Bericht der Verwaltung über die Entwicklungen zum Windpark Herzogenrath-Nord wurde zur Kenntnis genommen.

9 Einwohnerfragestunde

Fragen von Einwohnern ergaben sich nicht.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schloss um 19.10 Uhr die öffentliche Sitzung.

Bis zur Aufnahme des nichtöffentlichen Teils unterbrach er die Sitzung für 15 Minuten.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Schmitz-Kröll** um 20.30 Uhr die Sitzung.

Schmitz-Kröll
Bürgermeister

Piez
Erste stv. Bürgermeisterin
Sitzungsleitung zu TOP 5

Schröder
Schriftführer